

Ressort: Politik

Medien: Bundesregierung plant Verbot des "Islamischen Staats"

Berlin, 11.09.2014, 16:47 Uhr

GDN - Die Bundesregierung plant offenbar ein Verbot der Terrororganisation "Islamischer Staat" (IS): Nach Informationen von WDR, NDR und der "Süddeutschen Zeitung" plant das Bundesinnenministerium, den IS im Zuge der Gefahrenabwehr in den nächsten Tagen zu verbieten. Demnach soll den Anhängern der Terrormiliz auch die Verwendung von Symbolen wie der schwarzen Flagge des IS verboten werden.

Durch das Verbot werde der "Islamische Staat" allerdings noch nicht als ausländische terroristische Vereinigung eingestuft, da eine solche Einstufung nur durch ein entsprechendes Gerichtsurteil erfolgen könne, hieß es weiter. Bundestags-Abgeordnete aller Fraktionen hatten zuletzt ein Verbot des IS gefordert.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-40818/medien-bundesregierung-plant-verbot-des-islamischen-staats.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619